

Die Stelle eines Redakteurs des politischen...

Samstag-Beilage

werden die 6 getrennten Monatshefte...

Bestellungen der Schriftleitung Nr. 1140...

Abendblätter der Jahrgänge

Ertheilt täglich prima. Sonntags und Feiertagen...

Nr. 101.

Halle, Sonntag, den 1. März

1914.

Mb. Deutscher Reichstag.

224. Sitzung, Sonnabend, 28. Februar...

Die Reichseisenbahnen.

Hg. Dr. Weill (Soz.)

Die Sozialdemokratie hat positive Arbeit...

Minister v. Breitenbach:

Aber die Ursachen des furchtbaren Unglücks...

Diese Anzählung hat um so größeren Wert...

Ich habe den Verdacht, es handelt sich hier...

Hg. Dr. Eshé (Völklinger)

Ich fürchte, die Beschränkung der Linie...

Hg. Dr. Hoffmann (Nack)

Das Nationalrecht nehmen auch wir in Anspruch...

Es folgen die außerordentlichen Ausgaben.

Hg. Dr. Haegy (Hll.)

begründet einen Antrag, die Linie Straßburg-Weiß...

Minister v. Breitenbach:

Ich bitte den Antrag der Kommission anzunehmen...

Hg. Dr. Humann (Hll.)

Die Reichsregierung hat die Entscheidung...

Die Mosel- und Saar-Annullierung.

Hg. Dr. Weill (Soz.)

Bei dem Steigen der Rollen des Güterverkehrs...

Hg. Vassermann (Nack)

Ich halte die Annullierung der Saar- und Mosel-Annullierung...

Minister v. Breitenbach:

Sie werden es mir nachempfinden, daß es sehr schwierig...

Die Gründe, die die preussische Regierung bewegen...

schon fast ausschließlich Industriezweigen in einer Eingabe...

Ich will nicht leugnen, daß diese Frage, die an erster Stelle...

Der Generalrat hat sich sprachlich über meine Worten...

Die Ziffern nach dem Stand von 1913 lauten für den Wechsel...

Es muß auch bedacht werden, daß die Großindustrie...

Es muß auch bedacht werden, daß die Großindustrie...

sch. Schiere Ausführenden lassen sich aber darüber nicht machen. Hier haben wir aber in Luxemburg durch die Zarinvermittlung lebhaftes Sympathien erworben, die Luxemburg davon teil nimmt, ohne eine Mark Aufgeben zu haben. Das bedeutet noch jeder Schritt einen großen Gewinn für die luxemburgische Industrie. Damit kann ich die Haltung der preussischen Staatsregierung rechtfertigen. Ich kann jetzt wohl schließen, weil ich überzeugt bin, daß ich noch Gelegenheit haben werde, mit dem letzten Entwurf über diese Fragen zu verhandeln. (Geheißt und Beifall.)

Abg. Lohringhoffer (Bundesratsbevollmächtigter **Dr. Robitz**): In der Frage der Kanalverbindung bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen der preussischen und der sächsischen Regierung. Jede sächsische Regierung muß für die Kanalverbindung der Elbe eintreten, weil die natürlichen Bedingungen des Landes es erfordern. Könnte der Reichstag den preussischen Vorschlag, Graf Adern, hat schon Gelegenheit gehabt, diesen Sachverhalt zu betrachten. Die Lokalität verlangt allerdings anzuerkennen, daß die abnehmende Größe der preussischen Regierung durch den schwerwiegenden Natur sind und daß die Durchführung des Projektes mit möglichster Eile durch die preussische Regierung. Rechenen lassen wir, daß das Projekt schließlich zu Stande kommen wird und gründen unsere Hoffnung darauf, daß der preussische Staat genötigt ist nach dem vornehmen Grundgesetz zu handeln nobles oblige (Gelächter h. d. Saal). Ich kenne den preussischen Staat in dieser Richtung viel besser als Sie und hoffe, daß er seinen Grundsatzen treu bleiben wird.

Wir bedeuten den Widerstand der preussischen Regierung um so mehr, als die Frage der Kanalverbindung nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch nationaler Natur ist. Hier liegt ein Fall vor, wo das ganze Volk zu einem einzigen Anschlag an das höchste deutsche Ziel gebracht werden kann. Wird die Kanalverbindung nicht durchgeführt, so verliert die deutsche Industrie die Hälfte, die den Westschiffahrt haben wird, für ein anderes Wasser, und zwar durch Anschlag an das französische Kanalsystem. Ich habe diese Gelegenheit mit Vergnügen ergriffen, um an das Haus die Bitte zu richten: Seien Sie mit, Elbe-Lohringhoffer wirtschaftlich zu machen. Es ist für beide und höchste und vielleicht der einzige Weg, dieses Ziel zu erreichen, und zwar mit dem deutschen Reichslande zu verhandeln. (Beifall.)

Abg. Cohnmann (Zentr.): Die Zahl der Anhänger der Kanalverbindung wächst ständig. Die Verhandlungen wegen der Abänderung sind überflüssig. Die Forderungen sind zu gering, die man jetzt der Industrie zugute kommen läßt, sind zwar sehr dankenswert, aber gegenüber der Fruchtbarkeitsfrage, die durch eine Kanalverbindung herbeigeführt wird, bedeuten sie gar nichts. Wir im Reichsgebiet gehen auch Steuern, wie wollen mehr herbeigeführt werden.

Abg. Dr. Dertel (Kons.): Der elsässisch-lothringische Vertreter sprach die Erwartung aus, daß Preußen sich auch in dieser Frage an den Grundgesetz halten würde. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, denn es ist sehr wichtig, daß man sich nicht überläßt, sondern eine gewisse Haltung einnimmt. Das bedeutet ich. Es handelt sich hier um keine politische Frage, sondern um wichtige wirtschaftliche Erwägungen. Die Forderungen des Reichstages waren vollkommen einverstanden und überzogen. Das ist die elsässisch-lothringische Vertreter zur gegebenen Bedeutung empfohlen. (Sehr gut, recht. Unzweifelhaft und bei den Elässern.)

Abg. Schatz (Christl.): empfindet nochmals die Kanalverbindung.

Abg. Rederer (Soz.): Dr. Dertel hätte sich wieder einmal bemühen, sich an den Senat aufzuspielen. Er hat in dieser Beziehung schon einmal eine Gesteire gegeben. Damals suchte er dem Staatssekretär Graf von Helldorf entgegenzusetzen. (Geheißt.) Es ist psychologisch interessant, daß Dr. Dertel jetzt, nachdem er in einem preussischen Reichstag gewirkt ist, hier immer als preussischer Reichstagsmitglied mit immerwährender Behauptung auftritt. (Geheißt.) Er ist ja nur peripherem in Reichstag. Aber wenn er in Sachsen einmal gewirkt würde, würde er wohl in ganz weicher Welt zu sein. (Geheißt.) Ich hoffe, daß der elsässisch-lothringische Vertreter sich aus der Wahlung Dr. Dertels nicht freuen wird.

Damit schließt diese Aussprache. Die Resolutionen werden erledigt. Damit ist der Etat der Reichsfinanzverwaltung erledigt. Das Haus verläßt sich. Montag 4 Uhr: Beilagen, Beschlüsse, Beschlüsse, Beschlüsse. Schluß 4 Uhr.

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 28. Februar 1914. Präsident **Dr. Graf von Schwerin-König** eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr. Die Beratung des „Etat der Bauverwaltung“ wurde mit den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben fortgesetzt.

Zum Neubau der Schleusen der alten Schleusen der Oder von Cösel bis zur Weidenmündung werden als letzte Rate 62 000 Mark erfordert.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Die Schiffer müssen erst breite Wege zurückerlangen, um ihr Schicksal zu begreifen. Es geht auch nicht an, daß man die Röhre erst durchzuführen läßt und den Schiffern nachher einen Strafbefehl schickt. Die Strombauverwaltung sollte Verkehrsbehinderungen auf den Wasserstraßen auf eigene Kosten beseitigen lassen. Gegen die Bestimmungen des Vorlesesverkehrs wird vielfach gehandelt. Die Schleusenbedienen werden bestraft.

Unterstaatssekretär **Dr. Felix v. Goss** van der Brüggen: Ich kann versichern, daß die Strafen ohne Ansehen der Person verhängt werden.

Zum Erlaß des Wohlverhaltens der Auktionshalle 1 durch eine Ufermauer und Verbreiterung der Auktionshalle 1 im Fischereihafen von Geestemünde werden als letzte Rate 310 000 Mark erforderlich.

Hierzu lag der Antrag der **Abg. Flakmann** (Nat.) und **Dr. Dahn** (Kons.), der auch von Zentrums- und freisinnigen Mitgliedern unterstützt ist, vor: die Regierung zu ersuchen, Mittel bereitzustellen, um durch Erweiterung der bestehenden unzureichenden Fischerei-Boothallen am Fischereihafen Geestemünde dem jetzigen Notstand abzuhelfen.

Abg. Flakmann (Nat.): Die von Hamburg ausgehende Korruption der Untere Elbe hat große Auswirkungen für die Fischereiwirtschaft mit sich gebracht. Auch auf der Elbe sind durch Veränderungen eingetreten, wodurch die Ufermäuer und Hinterränder großen Schäden erleiden. Die Segelfischerei auf der Unterelbe ist durch die Strombauten Hamburgs schwer gefährdet. Daher besteht die Befürchtung, daß die Fischereibehinderung durch diese Entwicklung ganz zurückgehen wird.

Hamburgische Staat muß für diese Schäden ersatzpflichtig gemacht werden, und es ist Aufgabe der Regierung, die Interessen der Elbfischer gegenüber Hamburg zu vertreten. (Beifall.)

Abg. Dr. Dahn (Kons.): In der Frage der Wohnvermittlung der preussischen Interessen. Interessieren waren schon bei der Beratung des Reichslandvertrages alle bürgerlichen Parteien einig. Von der ganzen Entwicklung hat Hamburg nur Vorteil gehabt. Der Abg. Dahn hat noch nicht alle Klagen erledigt, die im Gebiete der unteren Elbe hörbar werden, und die den Reichslandvertrag und die Arbeiten Hamburgs in der Unterelbe für die Fischereiwirtschaft beeinträchtigen. Die Kommissionsarbeit und die Korrektur der Unterelbe sind die Ursachen des veränderten Wasserstandes. Eine Ministerialkommission zusammen mit Abgeordneten aus den Ordnungsparteien und unter Ausziehung der Interessenten sollte sich einmal die Dinge an Ort und Stelle ansehen, um zu Vorschlägen für eine wirksame Verbesserung der jetzigen Lage zu kommen. (Geheißt und Beifall.) Es wird für die Fischer geachtet, was geachtet kann, Der

Köslinabvertrag von 1908 ist für Preußen außerordentlich günstig. Wenn jedoch Schäden entstehen, werden Gegenmaßnahmen durchgeführt werden, um entsprechenden Abhilfe zu schaffen. Die Summe von 580 000 Mark wird ausreichen, um die entstehenden Schäden an der Elbe, Röhre und Schwinge auszubessern. Es ist aber in Aussicht genommen, — darüber schreiben noch Verhandlungen von preussischer Seite —, weiter zu gehen.

Abg. Dr. Dahn (Kons.): Die 580 000 Mark, von denen man nur die Zinsen rechnen kann, sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Der Redner begründete den Antrag noch in kurzen Ausführungen, worauf dann der **Abg. Flakmann** (Nat.) ebenfalls für den Antrag eintrat und dessen Überweisung an die Budgetkommission beantragte.

Unterstaatssekretär **Dr. Felix v. Goss** van der Brüggen: Ich möchte mich nicht billigen, wenn man Hamburg überall, sogar in Bayern für seine Fischereiwirtschaft macht. Das Beste wäre, für die gesamte deutsche Fischerei Anstalten zu machen, um die gesamte deutsche Fischerei zu fördern. Sollte Hamburg sein Vorhaben nicht unterlassen, so würde Preußen nichts anderes übrig bleiben, als ebenso vorzugehen.

Abg. Adolph Hoffmann (Soz.): So sehr wir gegen die Fischerei sind, so sehr sind wir aber auch für Unterstützung der Fischerei. Man soll aber über der Förderung der Fischerei die Elbe nicht in Gefahr nicht versetzen. Der Antrag Flakmann und Dahn wurde darauf der Budgetkommission übergeben.

Der Rest des Etats der Bauverwaltung wurde bemittelt. Es folgte die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Einziehung staatlicher Schiffsfahrtsabgaben durch Gemeinden und Private.

Abg. v. Zoss (Kons.): Wir sehen mit Bedauern, daß die Gemeinden mit Aufgaben beauftragt werden, die mit ihren kommunalen Aufgaben gar nicht zu tun haben. Fischereiwirtschaftliche Interessen dürfen bei dem Gesetz nicht in den Vordergrund gehoben werden. Wir beantragen Überweisung an die veränderte Gemeindefiskalmission.

Ministerialdirektor **Peters**: Ich möchte mit aller Deutlichkeit erklären, daß eine fiskalische Rückstufung hier nicht in Betracht kommt.

Abg. Dr. Schmedding (Fr.): Wenn Abgaben erhoben werden, so müßten sie natürlich auf eine für die Schiffsfahrt möglichst bequeme Weise erhoben werden. Das Bedenken, daß fiskalische Interessen in den Vordergrund treten werden, erscheint beseitigt.

Abg. Camp-Delaf (Freisinn.): Ich halte es für bedenklich, daß ein Kollegium von drei Ministern überstrittene Fragen entscheiden soll.

Abg. Lippmann (Fortf. v. d. B.): Die meisten der hier geäußerten Bedenken erscheinen mir nicht recht durchschlagend.

Nach einigen weiteren Bemerkungen wurde auf Vorschlag des **Abg. Schröder** (Nat.) der Gesetzentwurf an die Kommission verwiesen, die demnach für das Kommunalabgabengesetz gebildet werden soll.

Der Gesetzentwurf über die Änderung der Landesgrenze gegen das Königreich Bayern am 1. März wurde ohne Debatte in dritter Lesung angenommen.

Es folgte die erste Lesung des Entwurfs eines Ausgabengesetzes in der vom **Serenhaus** abgeordneten Fassung.

Staatsminister **v. Trott** zu Solz: Der vorliegende Gesetzentwurf hat im vorigen Jahre in der Saupflichte in derselben Gestalt die Zustimmung des Hauses gefunden. Die Änderungen des Serenhaus sind nur geringfügig. Es sind danach auch Gelegenheitsfunde anzugehen, die von erheblicher kultureller Bedeutung sind. Seit dem Bekanntwerden der Ansicht auf gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit haben sich die Verhältnisse noch verbessert. Ich bitte deshalb um möglichst schnelle Verabschiedung des Gesetzes. (Beifall.)

Abg. Lippmann (Fortf. v. d. B.): Das Gesetz ist durchaus notwendig zum Schutze von großen Kulturwerten. Wenn wir das Gesetz schon heute annehmen, so dienen wir den Kulturinteressen und damit dem Vaterlande. (Beifall.)

Abg. Weisermel (Kons.): Gegen die Änderungen des Serenhaus haben wir keine Bedenken. Wir stimmen dem Entwurf zu und halten eine Kommissionsberatung nicht für notwendig.

Nach weiterer erheblicher Debatte, in der sich die Redner in der Hauptsache aufeinander überließen, war die erste Lesung der Vorlage erledigt.

Der Gesetzentwurf, betr. Ausdehnung des Moorjagdgesetzes auf die Provinzen Pommern und Schleswig-Holstein, wurde ohne wesentliche Debatte in erster Lesung erledigt.

Es folgte die zweite Beratung des Etats der Münzverwaltung.

Abg. Rinz (Zentr.): Bedauerlich ist die schlechte Bräutigam unserer neuen Münzen. So wird der parlamentarische Kopf des Reiches durch unnützes Weirer beinträchtigt.

Abg. Dr. Wendlandt (Nat.): Das 25-Pennigstück und das 5-Markstück sind unpraktisch. Wir müssen energisch Front machen gegen die Verschlechterung unserer Münzen.

Abg. Dr. Ehlers (Fortf. v. d. B.): Wir freuen uns, daß der Bundesrat-Markstein in dem jetzigen großen Format auf den Ausseherbetet gelegt wird. Die beste Münze, das 5-Markstück, ist nicht in genügender Zahl vorhanden. Unsere Gebühmungen sind vielfach zu groß.

Nach weiterer erheblicher Debatte war der Etat der Münzverwaltung erledigt.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr: Kommunalabgabengesetz, Interpellation betreffend Bestattung der Gemeinden. Schluß 4 1/2 Uhr.

Der Stand des Saale-Elbe-Kanals.

Von **Abg. D. Ellis** Halle. Die Besprechungen, die alle „Gesellschaft“ Leipzig in Verbindung mit einer leistungsfähigen Wasserstraße zu bringen, sind schon mehrere Wochen lang, sie haben aber niemals festere Gestalt angenommen. Erst das Schiffsfahrtsabgabengesetz hat die Frage ausgearbeitet. Sachien machte bekanntlich seine Zustimmung zu den Schiffsfahrtsabgaben von mancherlei Zugeständnissen abhängig. Unter anderem mußte Preußen sich verpflichten, die Saale von Cregpan bis zur Elbe auszubauen. Die Regulierung muß so ausgeführt werden, daß mindestens 500 Schiffe von 400 Tonnen Tragfähigkeit passieren können. Der Wunsch der Interessenten geht dahin, daß man die Saale für Schiffe von 600 Tonnen, die Schiffe der Zukunft auf den deutschen Binnenwasserstraßen, fahrbar macht. Mit dieser Frage wird man sich jedoch erst näher zu befassen haben, wenn eine entsprechende Vorlage in Aussicht steht. Dann kann wiederum eine Vertiefung des Flußbettes für solche Schiffe bis Weisensfeld vorgenommen werden. Doch 3. 3 sind die Schiffsfahrtsabgaben mit Vorkredit, noch nicht geregelt. Man hofft aber, im Jahre 1915 damit zum Ziele zu kommen. Dann wird der Leipzig-Saale-Kanal unterzogen, sich gebaut werden können.

In Leipzig und Merseburg bestehen schon seit 6-7 Jahren Kanalbauvereinigungen, die den Bau des Leipzig-Saale-Kanals fördern. Die drei verschiedenen Projekte sind einigend geprüft und man hat sich jetzt auf das zuletzt von der Firma Haseknecht u. Contag ausgearbeitete, geneigt. Der Rat der Stadt Leipzig hat sich damit einverstanden erklärt, und auch die preussische Bauverwaltung und das sächsische Ministerium haben die Ausführbarkeit dieses Projektes festgestellt. Es wird folgende Vienstführung nehmen: Vor Leipzig über Burghausen, Großhildig; unmittelbar hinter letzterem Orte wird die preussische Grenze überquert, der Kanal geht dann durch das sachsenhiesige Hinterland von Merseburg, um bei dem Orte Cregpan in die Saale zu münden. Man sieht, daß neben der Verbindung Leipzigs mit einer Wasserstraße auch ein äußerst entwicklungsfähiger Landstrich erschlossen wird.

Es braucht nicht auf die ungeheuren Vorteile hingewiesen zu werden, welche aus einer Wasserverbindung für die Stadt Leipzig und ihre nähere und weitere Umgebung entstehen. So vertritt sich unter anderem die Handelskammer des Herzogtums Sachsen-Altenburg große Vorteile von einer Verbindung Leipzigs mit dem Meere. Aber auch die anliegenden Orte werden sehr gewinnen. In Halle sind von einigen Seiten Befürchtungen laut geworden: Man glaubt, daß ein Teil des Handels nach Leipzig sich ziehen würde. Wie weit das zurechtfindet, läßt sich natürlich nicht feststellen, aber es bleibt anzunehmen, daß selbst, wenn für einige wenige Firmen ein kleiner Schaden eintritt, doch der Nutzen für die Allgemeinheit dies reichlich weit machen würde. Halle hat dann den Vorteil, größere Schiffe in seinem Hafen zu sehen und bekommt daneben einen sehr erheblichen Durchgangsverkehr.

Die zahlreichen Schiffe auf der Saale, welche jetzt über zu wenig Frachten flagen, haben dann Ausflüchten auf lohnenden Verdienst. Wie dem aber auch sei, die Stadt Halle hat gar nicht mehr die Möglichkeit, den Bau des Kanals zu verhindern zu können. Durch Staatsvertrag ist ja, wie bereits erwähnt, die Frage zwischen Preußen und Sachsen geregelt. Beide Staaten sind daran gebunden.

In ein neues Stadium ist nun allerdings die Angelegenheit getreten durch die große Propaganda, die von einem Komitee zur Erbauung eines Schiffsfahrtsabgabengesetz Leipzig-Werlin getrieben wird. Man will den Kanal über Elbenburg nach Torgau führen und dann weiter seine Fortsetzung nach Berlin betreiben. Die Kosten eines solchen Kanals sollen nach oberflächlicher Schätzung 50-70 Millionen, wahrscheinlich aber noch weit mehr betragen, während die Kosten des Leipzig-Saale-Kanals 18 Millionen nicht übersteigen dürften. Das die Kreis, deren Interessen ein Kanal Leipzig-Torgau fördern kann, für ein solches Projekt Stimmung machen, kann ihnen nicht verargt werden, nicht richtig ist es aber, wenn behauptet wird, daß die Städte Leipzig und Halle sich für dieses Projekt ausgesprochen hätten. Von Halle weiß ich nur, daß kürzlich in einer Versammlung von Interessenten ein Vertreter der Handelskammer eine durchaus torrente Erklärung abgegeben hat. Er wies darauf hin, daß in dem Handelsamtsbezirk sowohl Interessenten für den Kanal Leipzig-Saale, als für den Elbe-Kanal vorhanden seien. Und was die Stadt Leipzig anbetrifft, so erklärte der Oberbürgermeister **Dr. Dietrich** in der Stadtvorstandssitzung am 2. Januar 1913 wörtlich: „Soweit man man aber heute schon die Verhältnisse als gefestigt ansehen, daß sich behaupten läßt, daß für eine Verbindung Leipzig mit der Elbe nur der Weg über die Saale in Frage kommen kann.“

Worher hatte der Oberbürgermeister ausgeführt, durch das vom Reichstag genehmigte Schiffsfahrtsabgabengesetz ist die rechtliche Grundlage für die Durchführung einer Verbindung der Elbe und Saale geschaffen worden. Kürzlich nahm auch die Leipziger Kanalkommission dazu Stellung. In der Generalversammlung führte der Vorsitzende, Stadtrat a. D. **Ludwig Wolf** aus,

daß der Verein keine Ursache habe, dem Kanalprojekt Leipzig-Torgau Schwierigkeiten zu bereiten, er könne vielmehr mit dieser Agitation einverstanden sein, weil sie die Vorteile eines Kanals nach Leipzig mit weitern Kreisen vor Augen führe. Es werde so die Stadt Halle und der Kreis längs der Saale in den Interessentenkreis getrieben werden. Halle stelle sich auf den Standpunkt, daß es in Zukunft durch das Wachsen der Interessen und des Verkehrs reichlich durch Vermehrung der Verbindung in seinen Aufgaben gewinnen werde. Die Rentabilität des Elbe-Kanals sei mehr als zweifelhaft. Von Torgau bis Potsdam sei nichts zu holen. Der hauptsächlichste Hintergrund bei dem Kanal Elbenburg-Torgau sei, daß nicht finanzielle und politische Bedenken in Rücksicht gezogen worden seien. Es sei nicht anzunehmen, daß eine Genehmigung dieses Projektes seitens Preußens erfolgen dürfte.

Wer die teilweise schon uralt Kanalkommission kennt, die heute noch keinen Schritt weiter sind, wird zu einem solchen Schluß ebenfalls kommen müssen.

Um einige Rührung zu schaffen, bin ich vor einigen Tagen im Ministerium der öffentlichen Arbeiten gewesen und habe mit dem betreffenden Dezerenten Rücksprache genommen. Dort erfuhr ich, daß sich die Regierung mit dem Kanalprojekt Leipzig-Torgau überhaupt noch nicht beschäftigt hat, dagegen dem Projekt Leipzig-Saale dauernd keine

Aufmerksamkeit schenkt. Es wurde mitgeteilt, daß ja auch die Regierung gar nicht von dem ersten Projekt abgehen könne, weil sie durch Verträge und die Beschlässe des Parlaments gebunden sei. Außerdem rechne aber auch schon die Eisenbahnverwaltung mit dem Kanal, denn alle Bahnhöfe werden auf die geplante Kanalverführung Rücksicht. Zudem werde am 1. April ein Baubureau zu Merseburg errichtet, welches auf der Gaaletalstraße Merseburg-Dürrenberg die Hochwasserfahrpläne zu regeln habe. Das seien im gewissen Sinne schon Arbeiten für den Kanal. Die Öffentlichkeit wird aus diesen Darlegungen ersehen, in welches Stadium die Weipziger Kanalfrage getreten ist. Unter diesen Umständen nahm ich auch von einer weiteren Erörterung im Plenum des Abgeordnetenhauses Abstand.

Deutsches Reich.

Die Reichsbesoldungs-Novelle.

Dem Reichstage ist am Sonnabend die Reichsbesoldungs-Novelle zugegangen. Die wichtigsten Veränderungen, die die Novelle vornimmt, sind Aufbesserung der Klassen 1, 2, 3a, 4b, 4c, 6a. Diese Klassen werden im Anfang und im Endesatz um 100 Mark erhöht. In mehreren anderen Klassen sind zwar die Gehälter nicht geändert worden, doch sind eine Reihe von Beamtencategorien in diese Klassen neu eingegliedert worden. — Es haben jetzt 163 Besoldungen von Vertretern der meisten großen Parteien des Reichstages mit Mitgliedern des Bundesrats und Vertretern der Reichsregierung stattgefunden, die eine Einbeziehung der gehobenen Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung in die Besoldungs-Novelle zum Zweck hatten. Es ist dabei erklärt worden, daß die Parteien mit allem Nachdruck im Reichstag hierfür eintreten werden, da gerade bei diesen Unterbeamten so große Ungleichheiten und Härten in der Besoldung und in anderer Beziehung bestehen, daß deren Beförderung dringender erwünscht erscheint. Es ist auch geltend gemacht worden, daß bei einer Minderbeziehung dieser Beamten in die vorliegende Besoldungsverbesserung die Angelegenheit doch nicht zur Ruhe kommen würde und daß jedenfalls die Einbringung einer zweiten Novelle im nächsten Jahre notwendig werden würde. Die gehobenen Unterbeamten umfassen die Klasse 1a der Besoldungsordnung. (Oberpostkassierer und Oberleitungsaufsicher, zusammen ca. 18.000 Köpfe.) Sie beziehen jetzt ein Gehalt von 1400 bis 2100 Mark, und erwünscht erscheint, ihnen bei einer Aufzählungsjähr von 12 statt 18 Jahren bis 2200 Mark zu gewähren, was einen Mehrbetrag von fünf Millionen und ausmachen würde. Die Reichsregierung hat sich bis jetzt diesen Wünschen gegenüber durchaus zurückhaltend verhalten und macht geltend, daß auch die anderen zur Klasse 1a gehörigen gehobenen Unterbeamten (Zugführer, Unterassistenten, Telegraphenisten usw. der Reichs-Eisenbahnverwaltung), Materialverwalter, Loten I. Klasse usw., dann gerechterweise gleichfalls eine Aufbesserung erfahren müßten, so daß im ganzen circa 7 bis 10 Millionen aufgebracht werden müssen, was nur durch neue Steuern gehen könnte, da vom Reich die Mittel fehlen.

Berlin, 28. Febr. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde dem Entwurf der dritten Ergänzung zum Besoldungsgezet zugestimmt.

Innere Kolonisation in Hannover. Der hannoversche Provinziallandtag hat beschlossen, sich mit einem Kapital von zwei Millionen Mark an der hannoverschen Siedlungs-Gesellschaft zu beteiligen, von der die Wohnbauvereine in großem Maßstabe betrieben werden sollen. Weitere zwei Millionen sind bereits von anderen Korporationen gesammelt worden. Das Landwirtschaftsministerium hat einen Betrag von vier Millionen in Aussicht gestellt.

Major Garmet verabschiedet. Der in der Budgetkommission vom Staatssekretär Dr. Goltz erwähnte Fall Garmet hat bereits seine bündliche Erledigung gefunden. Durch einseitige Kabinettsorder ist Major v. Garmet vom Einbezug der Schutztruppe für Deutsch-Südwest, nachdem er eine fassungsgeleitete Verhängnis Abingung verbüßt hat, mit Pension und mit der Erlaubnis zum Tragen seiner bisherigen Uniform verabschiedet worden.

Postlei gegen Kirchenaustrittsbewegung. In Hamburg wurden Kundgebungen bekannt gegeben zum Zwecke von Kirchenaustrittsversammlungen. Die Polizei hat auf Grund des Preßgesetzes für den Straßenhandel das Anfechten von Plakaten, die solche Kundgebungen enthalten, verboten. Dies ist besonders bemerkenswert, weil der hamburgische Staat, in dem Staat und Kirche getrennt sind, bisher in kirchliche Angelegenheiten nicht eingegriffen hat.

Afrikanische Bahnen. Die Budgetkommission des Reichstages bemittelte die zur Fortführung der Nambara-Bahn vorgesehenen 4.400.000 Mark mit der Erweiterung der Postbahn könne eventuell zur Erwerbung der Sigi-Bahn mit verwendet werden.

Parteinachrichten.

Konservative Parteien mit der Sozialdemokratie ist ehrenrührig. So heißt es in der Begründung eines Urteils, das die Strafammer des Breslauer Landgerichts als Berufungssitzung in einem Besoldungsprozess gefällt hat. Drei konservative Besitzer in Groß-Waldern bei Breslau hatten gegen die Breslauer sozialdemokratische „Volksmacht“ Klage erhoben, weil das Blatt wiederholt, im übrigen wachheitwidrig und trotz Berichtigungen behauptet hatte, daß Bauern und Gutsbesitzer in Groß-Waldern sich an sozialdemokratischen Distriktsführer durch Mittelspersonen gewandt hätten, um bei den Gemeindevätern mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen. Der Angeklagte wurde in der Berufungssitzung zu einer höheren Geldstrafe als in der ersten Instanz verurteilt.

Von Interesse ist, was nach der „Schlesischen Zig.“ die Urteilsbegründung ausführt: „In weiten Kreisen der konservativen Partei und zwar auch in deren maßgebenden Kreisen gilt es als ehrenrührig, seine Wahlstimme einem Sozialdemokraten in der Weise zu geben, daß er Volksvertreter oder Gemeindevorteiler werden soll. Diese Ansicht ist in einem Gegenstände zwischen der monarchialdemokratischen Partei begründet, und an dieser auch allgemein bekannt. Anschließung wird auch dadurch nichts geändert, daß vielleicht einzelne Konservative einmal eine andere Ansicht geäußert oder bezeugt haben. Die Angeklagten

konnten sich also durch die ihnen gemachte Unterstellung beleidigt fühlen, denn sie mußten dadurch in den Kreisen der Konservativen verächtlich erscheinen.“

Hof- und Personalmeldungen.

Die Kronprinzessin-Reise. Wie die „Frankf. Zig.“ meldet, wird die Reise des Kronprinzen nach den deutschen Kolonien, an der übrigens auch die Kronprinzessin teilnehmen wird, den Besuch von Ost- und Südwest-Afrika sowie Kamerun betreffen. In Ostafrika wird das Kronprinzessin, voraussichtlich im Südwest-Afrika kommend, etwa Mitte August einreisen. Es wird dort an der feierlichen Eröffnung der zweiten afrikanischen Landesausstellung teilnehmen. Ob die Reise auf einem deutschen Reichsschiff oder auf einem Kriegsschiff ausgeführt wird, steht noch nicht fest.

Im Gouverneur von Mexiko ist der Kommandeur der 17. Division im Schwerin Generalleutnant von Winterfeld ernannt worden.

Der koloniale Nachtragsetat.

Aus dem Nachtragsetat, dessen Inhalt wir bereits kurz registrierten, seien noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Für Südwestafrika werden u. a. geordert 30.000 M. zur Unterhaltung der deutschen Schulen, da die bisherigen Mittel nicht ausgereicht haben, 205.000 M. zur Verbreiterung und Verlängerung der Landungsbrücke in Lüderitzbucht, 80.000 M. als Darlehen an Gemeinden und Bezirksverbände zum Bau und zur Unterhaltung von Krankenhäusern. 5 Millionen M. werden gefordert als erste Rate zum Bau einer Eisenbahn von Otjumarongo über Outo nach Otjafana.

Die Umboandbahn.

und Verlegung künftiger Oberbaues auf der unteren Strecke der Danabahn, ferner 1 Million Mark zur Vorarbeiten und Vorarbeiten zur wasserwirtschaftlichen Erschließung, insbesondere durch Befestigung des Häftestuffes. Die beiden letzten Fonds sind in Denkschriften eingehend erläutert. Die Gründe für die Notwendigkeit des Bahnbaues nach dem Umboand sind die schwierigen Arbeiterverhältnisse in der genannten Kolonie, die dadurch beboren werden sollen, daß aus dem volkreichen Umboand durch den Bau einer Eisenbahn billige Arbeitskräfte leicht herbeigeschafft werden können. Der Arbeitermangel in der Kolonie hat auf die wirtschaftliche Entwicklung hemmend gewirkt. Statt der teuren Arbeitskräfte aus dem britischen Kaplande will man in Zukunft Arbeitskräfte für die Diamantenfelder und Kupferbergwerke aus dem Umboand verwenden. Dieses wird nur möglich sein, wenn eine Bahn diese Einwanderung unterstützt. Die Kosten, die die Bahn verursachen wird, werden sich später dadurch verringern, daß der Fiskus auf seinen Diamantfeldern an Arbeitskräften wesentliche Ersparnisse machen kann. Auch wirtschaftliche Gründe sprechen für den Bau der Bahn. Die Befestigung des Umboandes ist bis jetzt sehr zurückgeblieben. Auch die Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird später möglich sein. Nicht zum wenigsten wird die Bahn den Nordwesten des Schutzgebietes erschließen. Schließlich kann die Bahn auch dazu beitragen, die Hungersnöte, die bei schlechter Ernte zeitweise im Umboand auftritt, durch Veranziehung großer Quantitäten von Getreide zu mildern. Die neue Bahn wird 265 Kilometer lang sein und von der Danabahn bei Otjumarongo abgehen. Für das Jahr 1914 sollen zunächst 90 Kilometer dieser neuen Strecke angelegt werden. Im ganzen wird die Bahn die Summe von 13 Millionen Mark beanspruchen.

In der Denkschrift betreffend Wasserergewinnung

in Südwestafrika wird ausgeführt, daß mit künstlicher Bewässerung der Kolonien viel zu erreichen ist, daß das Land nicht nur für Viehwirtschaft geeignet ist, sondern daß es auch imstande sein wird, das für die Ernährung seiner Bewohner erforderliche Getreide heranzubringen und zur Versorgung der Heimat mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen beizutragen, wenn es gelingt, den fruchtbarsten Boden durch intensive Kultur auszunutzen. Eine Bedeutung aus Siedlungszone ist also nur eine Frage der Wasserbeschaffung. Durch umfangreiche Wassererschließungsarbeiten müsse dahin gestrebt werden, den vorhandenen Wasserreichtum durch besondere Maßnahmen anzureichern. Dies lasse sich dadurch erreichen, daß der allzu rasche Abfluß der jährlich fallenden Regengemengen zum Meere durch eine systematische Verbauung der Flußläufe mittels Grundwehren, teils kleinerer und teils größerer Stauanlagen gehemmt werde. Dadurch werde es möglich, z. B. den Flußlauf zum größten Teil zu einem fast ständig Wasser führenden Fluß zu machen. Zunächst sollen Versuche im Flußlauf angestellt werden. In keinem Maße sollen die Farmer durch Grundwehren für wasserwirtschaftlich befähigt werden, indem sie nach wie vor der Heimat sogenannte Wildbachverbauungsarbeiten vorzunehmen. Ueber die gesamte Anlage von Talsperren im Flußlauf wird in der Denkschrift eingehend Bericht erstattet.

Ausland.

Verlängerung des Einjährig-Freiwilligenjahres in Oesterreich. Dem „N. F.“ zufolge plant die österreichische Regierung, den Einjährig-Freiwilligen-Dienst auf zwei Jahre zu verlängern. Der die Offiziersprüfung beendeten hat, soll das zweite Jahr als Fähnrich und Offizier dienen, sonst als Unteroffizier.

England und die allgemeine Wehrpflicht. Asquith hat Freitag nachmittag eine Deputation der Liga zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, bestehend aus zwei Feldmarschällen, zwei Admiralen und einigen Lords, empfangen, die den Premierminister auf die gegenwärtige schiedliche Lage der territorialen Armee aufmerksam machten. Es besteht kein Zweifel darüber, daß auch diese Deputation Asquiths politische Überzeugung in der Frage der allgemeinen Wehrpflicht nicht ändern wird; aber die Tatsache, daß er sich bereit erklärte, eine solche Deputation zu empfangen, und mit ihr die Frage zu besprechen, ist charakteristisch genug. Der jetzige englische Kriegsminister hat sich verständigemal dahin geäußert, daß es unwünschenswert wäre, wenn jeder englische Bürger gezwungen sei, sein militärisches Jahr zu dienen. Bei einer anderen Gelegenheit sagte er, daß man sich auf die Freiwilligen nicht verlassen könne, da diese keine Armee im vollen Sinne des Wortes darstellen. Der englischen Territorialarmee fehlt es übrigens jetzt an nicht weniger als 68.000 Mann.

Bei der Debatte über Dufosses Aussagen über Opaton kam es am Schluß der Freitags-Sitzung der Kammer in Rom zu einem erregten Wortwechsel zwischen den Abgeordneten Cugnoffo und Lazatti einerseits und Giottini, Tedesco und

Sacchi andererseits. Unter lebhaftem Arm auf der äußersten Linken mußte die Sitzung abgebrochen und kurz nach der Wiedereröffnung geschlossen werden.

Portugal ruhig?

Die portugiesische Gesundheitslage in Berlin teilt mit: Die Nachrichten von Aufständen in Portugal sind nicht zutreffend. Die Führer der Aufständigen haben ihren Plan auf und riefen die Vermittlung des Ministerpräsidenten an. Das ganze Land ist vollständig ruhig. — Die Amnestie ist ausgeschrieben worden; alle politischen Gefangenen wurden in Freiheit gesetzt.

Reise des Königs von Albanien nach Durazzo.

Den letzten Dispositionen zufolge trifft der König von Albanien am Donnerstag, 5. März, in Triest ein, wo er sich an Bord der Yacht „Taurus“ begeben wird, auf der er sich nach Durazzo begibt.

Russische Flottenpläne.

Aus Petersburg wird gemeldet, daß die beiden Hauptorte der Schipceprovinzen Riga und Reval zu russischen Flottenstützpunkten erklärt und gleichzeitig mehrere Aufklärungsstationen der russischen Kriegsflotte von Kronstadt nach Riga und Reval entlastet wurden.

Wilson ändert seine Politik nicht.

In einer Sitzung des Kabinetts unter Vorsitz des Präsidenten Wilson kam man nach zweistündiger Beratung zu der einmütigen Heberzeugung, daß die Zeit für eine Veränderung der Politik des Präsidenten Wilson noch nicht gekommen sei.

Gerichtsverhandlungen.

Das Urteil im Thorneer Streikhausprozess. Thorne, 28. Februar. Nach mehrstündiger Beratung verkündet der Vorsitzende Landgerichtsrat Döberein folgendes Urteil: Der Angeklagte Dr. Schmidt wird freigesprochen, die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse. Zur Begründung führt der Vorsitzende für das Urteil an: Der Angeklagte hat schwere Behauptungen erhoben, er hat am Teil in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. In vielen Fällen geht aber aus der Form die Absicht der Beleidigung hervor. Der Angeklagte hat als gebildeter Mensch auch gewußt, daß seine Behauptungen beleidigend waren. Er hat sich also frohbar gemacht. Er kann aber nicht bestrafen werden, weil der § 51 auf ihn Anwendung findet. Das Gericht hat sich der Schwere seiner Entscheidung sehr wohl bewußt. Trotzdem hatte es keinen Zweifel, daß in dem vorliegenden Falle mit Recht § 51 Anwendung finden muß. Der Angeklagte hat sich zur Zeit der Tat in einer krankhaften Geistesverfassung befunden, die seine freie Willensbestimmung ausschloß. — Am Nachmittag hat sich noch die Frau des Angeklagten Dr. Schmidt vor derselben Strafammer wegen Beleidigung zu verantworten.

Letzte Depeschen.

Waffenarbeiterverammlung. Solingen, 28. Februar. Die geistige Verammlung der Waffenarbeiter des Industriearbeiterverbandes, an der auch interessierte Mitglieder des Metallarbeiterverbandes teilnahmen, beschloß, über die Waffenfabrik C. & G. die Sperre zu verhängen, weil die Fabrik Waffenteile von auswärtig bezieht. Der Arbeitgeberverband der Solinger Waffenindustrie stellte den Arbeitern eine Frist bis Dienstag vormittag 10 Uhr, bis zu der sie auf den Streit verzichten können, widrigenfalls die gesamten Arbeiter der Solinger Waffenindustrie — insgesamt 1000 Mann — ausgeperrt werden sollen.

„Das Kind“ in Düsseldorf.

Düsseldorf, 28. Februar. Unter dem Ehrenvorsitz des Regierungspräsidenten Dr. Krueger und unter Leitung des Lehrers der Kinderheilkunde an der hiesigen Akademie für praktische Medizin, Prof. Schlochman, wird im Anschluß an die große Düsseldorf Ausstellung im Jahre 1915 eine Ausstellung „Das Kind“ veranstaltet werden. In Anerkennung ihrer mit dem Kinde als Träger der Zukunft Deutschlands zusammenhängenden Fragen werden dem Regierungspräsidenten aus allen Teilen des Bezirkes von führenden Frauen Mittel zur Verfügung gestellt zur Durchführung der Ausstellung.

Diebstahl aus dem Postwagen.

Paris, 28. Februar. Aus einem Postwagen, der Postkassen von dem Lantier nach dem Bahnhof beförderte, wurden heute früh Sendungen von hohem Werte, man spricht von über einer Million, gestohlen.

Der an dem Inhalt des Postwagens verübte Diebstahl im Zentrum von Paris ist von einer vollkommen organisierten Bande verübt worden, die den Anschlag von langer Hand vorbereitet hatte. Der Postbeamte, der die Wertgegenstände für die Banken austrug, hatte bereits mehrere Briefe verteilt, als er bei Ankunft in der Rue Clugnot bemerkt, daß der an einen Wechselagenten auszuliefernde keine Karte, der Werte von über einer Million enthielt, aus dem Postautomat verschwinden war. Die Wechselagenten mußten den Augenblick bemerkt haben, in welchem der Wechselagent, der nach Vorschrift den Wagen in Abwesenheit des ausreisenden Beamten zu übermachten hat, einen anderen Sach bis zu dem Fenster einer Bank getragen hat. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Der Mörder gesucht.

Potsdam, 28. Februar. Der Regierungspräsident von Potsdam hat für die Ermittlung der oder des Täters bei dem Doppelmord im Potsdamer Forst eine Belohnung von 1000 Mark ausgeschrieben.

Vom Zuge überfahren. Aus Maubeuge, 28. Febr., wird gemeldet: Drei Eisenbahnarbeiter wurden infolge des herrschenden Nebels von einem Güterzuge überfahren und getötet.

Technikum Bingen
Rheinisches Technikum Bingen
Rheinische Technische Hochschule Bingen
Direktion: Professor H. H. H. H.
Schauwerkstatt

